

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 42 (1963)
Heft: 11

Artikel: Regimewechsel in Deutschland
Autor: Reventlow, Rolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337477>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 26.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

täler, Straßen usw. benötigen. Man hätte dann die Vorkehrungen rechtzeitig treffen und erst noch die Geldentwertung sich ersparen können.

So weit Herr Fritz Schürch. Seine Ausführungen zeigen, wie hinter dem Rauchnebel der Schlagworte und der Traditionen eine Wandlung im wirtschaftspolitischen Denken eingetreten ist. Vieles, was als sozialistisches Teufelswerk verschrieen war, hat sich in Wirklichkeit heute durchgesetzt. Die wirklichen Köpfe unter den Wirtschaftsführern wissen dies schon längst und lassen nur noch aus politischen Gründen ihre zweite Garnitur ein Propagandaarsenal benutzen, das infolge besserer Einsicht und Erkenntnis und vor allem infolge der Macht der tatsächlichen Entwicklung hoffnungslos veraltet ist. Wir aber wollen lieber an die gescheiterten und weitsichtigen Köpfe in allen Lagern appellieren!

ROLF REVENTLOW, MÜNCHEN

Regimewechsel in Deutschland

Mit dem Rücktritt Konrad Adenauers beginnt zweifellos eine neue Ära der bundesdeutschen Politik dieser Nachkriegszeit. Der alte Herr, in Bonn kurz «der Alte» genannt, war persönlich wie politisch eine besondere Erscheinung. Es wäre sicher übertrieben, wenn man behaupten wollte, nur ihm sei die demokratische Stabilisierung eines Landes zu danken, dessen Rumpfgebiet als staatliche Neugründung 1949 unter der doppelten Belastung einer feudalistisch-absolutistischen Tradition des monarchischen Staatenbundes bis 1918 und dann ab 1933 totalitärer Führung stand. Dennoch gebietet eine objektive Wertung dieser jüngst vergangenen Zeitgeschichte der deutschen Bundesrepublik die Feststellung, daß Adenauer hieran – allerdings auf seine sehr charakteristische Weise – einen erheblichen Anteil hatte. Meister der Taktik innerhalb und außerhalb seiner Partei, wußte er sowohl die Christlich-Demokratische Union wie die Bundespolitik zu beherrschen, ihr seinen Stempel aufzudrücken und dennoch stets die Kompromisse einzugehen, die der vielschichtige Charakter dieser Organisation erforderte. Dies war um so bemerkenswerter, als im größten deutschen Land, in Bayern, eine andere, regional organisierte und von den Eigenheiten des bayerischen Milieus bestimmte, Partei die CDU der andern Länder ersetzt, die Christlich-Soziale Union, deren Vorsitzender bekanntlich Franz-Joseph Strauß heißt.

Am stärksten drückt sich der Rücktritt Adenauers wohl darin aus, daß etwa vor zehn Jahren noch niemand in Deutschland oder auch die zahlreichen ausländischen Beobachter oder Interessenten an die neu begonnene deutsche Politik glaubten, die CDU/CSU würde im Deutschen Bundestag und in

der Bundesregierung ohne ihn weiter Bestand haben. Heute wird diese Frage von niemand mehr gestellt. Auch der Außenminister, der in Adenauers bester Zeit kaum mehr als Unterschriften leisten durfte, ist heute selbständig geworden. Der Protestant aus dem Norden blickt deutlich nach Großbritannien und den Vereinigten Staaten, während Adenauer bei seinem melancholisch-feierlichen Abschiedsbesuch auf Schloß Rambouillet den Versuch unternahm, den sonderbaren deutsch-französischen Freundschaftsvertrag neu zu beleben. Dieser Vertrag sah bekanntlich – von lobenswerten Sätzen über die Notwendigkeit des deutsch-französischen Kulturaustausches abgesehen – Konsultationen militärischer Art und sogar gemeinsame militärische Institutionen vor, obwohl de Gaulle bekanntlich eine Einheit nach der andern oder ganze Waffengattungen der Atlantikpakt-Organisation entzieht, während die deutsche Bundeswehr insgesamt unter NATO-Befehl steht.

Die CDU und in bayerischen Landen die CSU sind heute konsolidierte Parteien, die im Laufe der Jahre alle bürgerlichen Kräfte außerhalb der Sozialdemokratie erfaßt haben. Nicht nur, es sind aus ihrer Mitte Persönlichkeiten erwachsen, die auch ohne den alten Herrn aus Röhndorf auskommen. Beide Gruppen sind in sich sehr vielfältig. Auch zwischen ihnen kann man mitunter Unterschiede feststellen, zumal seit Adenauers Urlaube in Cadenabbia am Comersee immer länger und sein Einfluß auf Bonn schwächer wurde. Die bayerische CSU, beispielsweise, stimmte 1949 gegen das Grundgesetz der Bundesrepublik, was sie allerdings nicht hinderte, in den folgenden Jahren ihren Anteil an der Regierungsgewalt in Bonn nachdrücklich zu vertreten und auszuüben. Kürzlich noch demonstrierte sie mit ihrer Opposition gegen den Beitritt der Bundesrepublik zum Moskauer Atomstoppabkommen ihre bayerische Selbständigkeit. Sonst allerdings bildet sie mit der CDU im Bonner Parlament eine Fraktion und ist auch ideologisch von ihr nicht unterscheidbar. Beide Gruppen, bisher unter Adenauers unwidersprechbarem Oberbefehl, sind christlich betonte Weltanschauungsparteien interkonfessionellen Charakters. Das bedingt den bekannten konfessionellen Proporz bei Regierungsbildungen: für jeden katholischen Minister muß es auch einen evangelischen Gegenpartner geben.

Wenn nun aber Prof. Erhard als Leiter der Bonner Koalition antritt, so bedeutet das einen nunmehr endgültig sichtbaren Regimewechsel, nicht nur den Wechsel des Regierungschefs. Prof. Erhard will vermutlich mehr leiten als beherrschen. Als Vizekanzler war er seit Jahren gewohnt, im Schatten des «Alten» zu stehen. Als bisheriger Wirtschaftsminister hatte er aber das Glück, daß die andauernde Konjunktur seinen andauernden Optimismus bestätigte und diesen damit zu einer Konzeption stempelte, die bei näherem Hinsehen jedoch kaum zu entdecken ist. Das Schlagwort, unter dem Erhard – laut Meinungsforscher-Gutachten – populär wurde, heißt «Soziale Marktwirtschaft».

Die soziale Komponente dieses nebelhaften Begriffs wird durch eine fort-dauernde Ergänzung sozialpolitischer Gesetze markiert, die im geeigneten Augenblick – also etwa ein Jahr vor Wahlen – Renten erhöht oder da und dort kleine Fortschritte bringt. Mehr umstrittene Fragen, wie die vieldiskutierte «Selbstbeteiligung» der gegen Krankheit versicherten Arbeitnehmer (als ob der hohe Beitrag keine «Beteiligung» darstelle) werden dagegen mehr in die Mitte der Legislaturperiode verlegt, so etwa das derzeit anstehende «Sozialpaket» des Sozialministers Theodor Blank, der einmal christlicher Gewerkschaftsmann war. Für Erhard ist der Regierungswechsel – italienische Zeitungen sprechen von einer Wachablösung – ein doppeltes Glück. Einmal wird er Bundeskanzler, und zum andern muß sich ein anderer als er mit der leidigen Frage herumschlagen, wie man die rebellischen Landwirte regierungstreu erhält und dennoch die «Marktwirtschaft» im Bereich der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft verwirklicht.

Seit den letzten Bundestagswahlen gibt es dazu allerdings auch die weniger bequeme Tatsache, daß die CDU/CSU nicht mehr mit einer ehernen absoluten Mehrheit im Parlament rechnen kann. Die Freie Demokratische Partei ist nicht nur im Bund stark geworden. Sie hat verschiedenartige Bündnisse geschlossen. Im Bund hat sie gegen und trotz Adenauer in der Koalition der beiden Parteien eine nicht einflußlose Stellung zu behaupten gewußt. Im Lande Rheinland-Pfalz koalierte sie nach eigener Aussage mit der stärksten, wenn auch bei den letzten Wahlen stark angeschlagenen Partei, der CDU, forderte jedoch eine Liberalisierung der konfessionellen Trennung im Schulwesen. In Berlin dagegen bildete sie eine Regierung mit der SPD, ebenso in Hessen, Bremen und Hamburg. Obwohl auch da und dort in der Sozialdemokratie das Auftauchen der «dritten Kraft» in den Parlamenten mißfällig betrachtet wurde, hat sich die anfängliche Befürchtung, es entstehe hier eine extrem konservative Kraft rechts von der CDU/CSU, nicht bestätigt. In den keineswegs unwichtigen Fragen verfassungsrechtlicher Natur, im Strauß-Skandal, in der «Spiegel»-Affäre und in den Auseinandersetzungen um das Telephonabhörrecht gewisser Institutionen ergaben sich in letzter Zeit mitunter gemeinsame Fronten der SPD und FDP. Was allerdings kaum feststellbar ist, das sind die vielbesprochenen «Gemeinsamkeiten», die von führenden Sozialdemokraten als Basis einer Regierungsteilnahme gelegentlich in den Vordergrund ihrer Betrachtungen gestellt werden. Gerade vor dem Regimewechsel und seit der bekannten «Spiegel»-Aktion ergaben sich so viele Punkte der Gegensätzlichkeit zur Minderheitspartei CDU/CSU, das die Gemeinsamkeiten deutscher Politik an sich, die für alle Parteien gelten können, immer wieder in den Hintergrund gedrängt werden. In diesen Auseinandersetzungen geht es vor allem um den Bestand und die Sicherung der bürgerlichen Freiheiten. Auch das Sozialpaket, einmal aufgeschnürt, ergibt geringe Möglich-

keiten des Verständnisses zwischen Regierungsparteien und sozialdemokratischer Opposition. Hinzu kommt nun der drohende «Klassenkampf» auf dem sogenannten Wohnungs«markt». Der CDU-Wohnbauminister Lücke ist nämlich der Auffassung, Wohnungen und die Mietpreise müßten wie industrielle Produktionsgüter auf dem freien Markt gehandelt werden und nicht etwa wie Butter bewirtschaftet werden. Bei der Butter geht es allerdings darum, die Preise im Interesse der Erzeuger zu halten. Bei den Wohnungen sollen die Mietpreise dagegen «auspendeln». In Gebieten, in denen der statistisch errechnete Wohnbedarf unter 3 Prozent bleibt, wird nun der Mieterschutz seit 45 Jahren zum erstenmal beseitigt, in den andern Gebieten spätestens in zwei Jahren. Frei soll gehandelt werden, und wer nicht bezahlt, wird an die Luft gesetzt. Wie sich das auswirkt, das konnte man letzthin in Parlament und Senat in Italien hören, wo nun eine Art Mieterschutz gegen Kündigungen neu eingeführt wird.

Nicht frontal vermutlich, wohl aber in vielen und entscheidenden Einzelfragen wird sich die deutsche Sozialdemokratie mithin im hundertsten Jahr ihres Bestehens mit dem neuen Regime Erhard nicht minder auseinandersetzen müssen als zuvor mit dem «Alten», dessen einsame Entschlüsse bis vor kurzem in Bonn noch Gesetz waren. Und die Zukunft wird erweisen, inwieweit die politischen Entscheidungen von nun ab mehr kollegial zustande kommen.

SERAPHIN WYLER, MEXIKO DF.

Die mexikanisch-jugoslawische Freundschaft

Betrachtungen zum Staatsbesuch von Tito in Mexiko

Auf seiner Besuchstour von über einem Monat Dauer durch mehrere Staaten des amerikanischen Kontinents ist der Präsident der RSF Jugoslawien, Marschall *Josip Broz Tito*, nunmehr auch in Mexiko für vierzehn Tage auf Staatsbesuch. Am 18. September in Brasilien beginnend, hat Tito bereits auch Chile und Bolivien besucht. Schon unterwegs nach Mexiko hatte er während einer sehr kurzen technischen Zwischenlandung auf dem Flugplatz eine Besprechung mit dem neugewählten, vor der Amtsübernahme stehenden Präsidenten von Peru, *Fernando Belaúnde Terry*. In allen diesen Ländern war der Besuch innenpolitisch heftig umstritten und trotzdem im großen und ganzen gut abgelaufen. In Mexiko nun wurden Tito und seine Begleiter im Rahmen des strengen Protokolls besonders herzlich empfangen. Um den alles von uns hier bisher Erlebte überbietenden, begeisterten Empfang von Tito durch die Mexikaner verständlich zu machen, muß eigentlich an die Reise des Präsidenten von Mexiko, Lic. *Adolfo López Mateos*, nach Europa erinnert werden,